

## MIKROFINANZ IN DER KRISE

### INTERVIEW MIT MALCOLM HARPER

# „Wir haben eindeutig gesagt: Passt auf!“

Die starke Kommerzialisierung der Mikrofinanzierung hat zu der Krise beigetragen

Börsen-Zeitung, 14.12.2010

■ Professor Harper, Sie sind jüngst aus Indien zurückgekehrt, wo der Mikrofinanzsektor in der Krise steckt. Sie waren jahrelang Chef der Mikrofinanz- und Entwicklungsorganisation Basix und können die Lage wohl gut einschätzen. Wie schlecht sieht es denn aus?

Ich war in Delhi bei einem sehr großen Treffen von Mikrofinanzleuten, wo viel über den Bundesstaat Andhra Pradesh gesprochen wurde, und war dann einige Zeit im Bundesstaat Orissa, in einem Dorf direkt an der Grenze zu Andhra Pradesh. In der örtlichen Basix-Filiale sagten mir die Mitarbeiter, es gibt keine Spur von Rückzahlungsproblemen, und das obwohl die Grenze so nahe ist. Wir alle waren darüber überrascht. Allerdings sagten Händler auf dem

bei mehreren. Und als die Mikrofinanzinstitute vor ungefähr zehn Jahren ihr Geschäft aufgenommen haben, haben die Frauen das als neue Form formaler Finanz erkannt und sind darauf angesprungen. Sie haben sich heftig Geld geliehen, mehr Geld, als ihnen guttat. Damit fing das Problem an.

■ Waren die Zinsen zu hoch?

Es kommt darauf an, was Sie unter zu hoch verstehen. Die Mikrokreditzinsen in Indien sind die niedrigsten auf der Welt. Sie liegen aber immer noch weit über dem, was ein Mittelklassebürger für seine Hypothek oder einen Autokredit zahlen würde. Die offiziellen Sätze liegen bei ungefähr 24%, was nach Berücksichtigung der anfallenden Gebühren auf etwa 35% hinausläuft. Das ist im weltweiten Vergleich immer noch sehr niedrig und ungefähr halb so viel, wie man einem Geldverleiher zahlen müsste. Aber es ist hoch genug, um Journalisten oder Politikern Angriffsfläche zu bieten.

■ Was war mit dem Druck der Kommerzialisierung dieses Sektors, der doch eigentlich immer als „soziale Unternehmung“ galt. Hat er zur Krise beigetragen?

Ja, zweifellos. SKS, der Marktführer im indischen Mikrofinanzsektor, hat Anteile an Venture-Capital-Firmen verkauft, einen Börsengang durchgeführt und stand unter großem Druck, zu wachsen und die Rendite zu steigern. SKS waren aber nicht die einzigen, denn einige Institute wollten nur allzu gerne auf den Zug aufspringen: Entweder weil sie Eigenkapital brauchten, um mehr Kreditvolumen zu bekommen, oder weil sie – sagen wir mal – von einer gewissen Gier getrieben wurden. Rapides Wachstum und hohe Profite waren dafür ganz zentral.

■ Die Mikrofinanz sah eine Zeit lang wie ein großartiges Investment aus. Glauben Sie, das ist sie immer noch?

Nein, keineswegs! Nicht in Indien jetzt. Die Anteile von SKS, in gewisser Weise der Haupttäter – wenn man diese Aktivitäten als Vergehen betrachten will – sind jetzt nicht mal halb so viel wert wie auf ihrem Höhepunkt.

■ Sie sind für die Mikrofinanz-Ratingagentur M-CRIL tätig...

Ich bin Vorstandsvorsitzender, richtig.

■ M-CRIL hat wiederholt vor Überschuldung und mangelhaften Kreditvergabepraktiken gewarnt, schon vor Beginn der Krise.

Bis zu einem gewissen Grad haben wir gewarnt, ja. Möglicherweise nicht so laut, wie wir es hätten tun sollen, wobei ich nicht glaube, dass irgendwer all das zu dieser Zeit und in diesem Ausmaß hätte vorhersehen können. Wir haben aber eindeutig gesagt: „Passt auf!“

■ Welche Rolle, meinen Sie, haben die verschiedenen indischen Regierungsebenen beim Anbahnen der Krise gespielt? Einige Mikrofi-

nanzinstitute haben nämlich der Regierung von Andhra Pradesh vorgeworfen, sie habe eingegriffen, um ihr eigenes Mikrofinanzmodell, das System der Selbsthilfegruppen, zu schützen.

Das wäre eine übermäßige Vereinfachung, aber vielleicht trifft die Aus-

nanzinstitut gegangen und haben gesagt: „Hier sind wir, wir sind bereit, uns Geld zu leihen.“ Die Tatsache, dass sie sich schon von den Selbsthilfegruppen Geld geliehen hatten und es daher gar nicht gut wäre, auch noch von der Mikrofinanzinstitution Geld zu leihen, wurde leider nicht beachtet.

■ Basix hat vor Jahren eine andere, weniger kommerzielle Variante der Mikrofinanzierung gewählt. Ist Basix auch von der Krise weniger betroffen?

Nun ja, wie ich bereits sagte, die Filiale, die ich vergangene Woche besucht habe, gar nicht. Basix betreibt in anderen Landesteilen eine Bank, und diese ist auch nur wenig beeinträchtigt. Aber die anderen Aktivitäten, die eigentlich viel größer sind als das Bankgeschäft, sind betroffen. Ich kann mir vorstellen, dass Basix trotzdem weniger geschädigt ist als andere Institute, weil Basix ein anderes Leistungspaket anbietet. Viele der Kredite sind größer als die üblichen Mikrokredite, und es wird mit Männern ebenso wie mit Frauen gearbeitet. Die klassischen Mikrofinanzinstitutionen basieren auf der Idee von Muhammad Yunus' Grameen Bank, bei der Frauen in Gruppen gebündelt werden, denen Geld geliehen wird. Zahlen sie es nicht zurück, bekommen sie auch keinen Kredit mehr. Man kann schnell auf fünf oder sechs Millionen Kunden kommen, so wie SKS. Basix ist aber viel komplexer. Da wird Geld an einzelne Leute oder an Kleingruppen von vier, fünf richtigen kleinen Geschäftsleuten mit substanzielleren Betrieben verliehen, die vielleicht Arbeitsplätze schaffen, statt an typische Mikrofinanzkunden. Ganz wichtig ist auch die nichtfinanzielle Existenzsicherungsarbeit, durch die die Menschen zum Beispiel bessere Tierhaltung oder Geschäftsentwicklung erlernen.

■ Als ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Basix haben Sie mitgeholfen, den indischen Mikrofinanzsektor aufzubauen. Was empfinden Sie, wenn Sie ihn nun so diskreditiert sehen?

Ich bin gar nicht überrascht. Vielleicht hatte ich nicht die Voraussicht, das abzusehen, was nun passiert. Aber schon vor 10 oder 15 Jahren war uns bewusst, dass die einfache Grameen-Methode, die damals allerdings in Indien kaum Anwendung fand, keine Lösung ist. Vier Jahre nach der Gründung von Basix, also im Jahr 2000, haben wir eine Erhebung unter unseren Kunden durchgeführt und herausgefunden, dass der Kredit ihnen nicht viel bringt. Manchen wurde ein bisschen geholfen, anderen ein bisschen geschadet. Die Ärmsten hatten weniger davon, eigentlich kaum etwas. Also haben wir damals alles neu überdacht und beschlossen, wir müssen den Menschen mehr als nur Kredit bieten. Der Beweis dafür liegt jetzt auf der Hand.

Das Gespräch führte Phil Mader, Forscher zum Thema Mikrofinanzierung am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

## KfW: Mikrofinanz bleibt ein Erfolg

Börsen-Zeitung, 14.12.2010  
bn Frankfurt – Die KfW bemüht sich um Differenzierung in der Debatte um Mikrofinanzierung. Mikrofinanzierung bleibe eine Erfolgsgeschichte, betont die Förderbank, mit einem Mikrofinanzportfolio von knapp 2,2 Mrd. Euro der größte öffentliche Mikrofinanzinvestor. Sehr viele Mikrofinanzinstitutionen arbeiteten erfolgreich, und jeden Tag profitierten Millionen von Menschen von Mikrofinanzdienstleistungen. In einigen Ländern sei es zu Überhitzungstendenzen gekommen. Keinesfalls aber gebe es eine weltweite Mikrofinanzkrise, heißt es. Partnerinstitutionen der KfW seien beispielgebend für fairen Umgang mit Kunden. Die Entwicklung in Andhra Pradesh beobachte man aufmerksam, auch wenn die KfW dort Mikrofinanzierer nicht direkt finanziere.

### GASTBEITRAG

## OTC-Derivate-Regulierung praxistauglich gestalten

Börsen-Zeitung, 14.12.2010  
Die Verwerfungen an den Finanzmärkten und das Marktwachstum der nicht börsennotierten (OTC-)Derivate haben die G20-Länder veranlasst, für dieses bislang weitgehend unregulierte Marktsegment einen weltweiten Ordnungsrahmen festzulegen. Die Umsetzung soll bis Ende 2012 erfolgen.

In Europa hat die EU-Kommission Mitte September 2010 den Entwurf einer direkt in den Mitgliedsstaaten anwendbaren Verordnung



Rudolf Siebel

Geschäftsführer des BVI Bundesverband Investment und Asset Management

(„European Market Infrastructure Regulation“) vorgelegt. Der Vorschlag wird derzeit vom EU-Parlament und vom Europäischen Rat beraten.

Die EU-Kommission will erreichen, dass möglichst alle standardisierbaren OTC-Derivate über sogenannte zentrale Kontrahenten (CCP) abgewickelt und Informationen über OTC-Derivatetransaktionen gemeldet sowie den Aufsichtsbehörden zugänglich gemacht werden. Nicht CCP-abwicklungsfähige OTC-Kontrakte sollen entweder ausreichend besichert oder mit angemessenem Eigenkapital unterlegt werden. Mit den geplanten Maßnahmen soll das Kontrahentenrisiko verringert sowie die Transparenz und damit die Stabilität des OTC-Marktes erhöht werden.

### Faire Ausgestaltung nötig

Die deutsche Investmentfondsbranche unterstützt die Bemühungen der G20 und der EU-Kommission. Die Umsetzung der Regulierung in den USA und Europa sollte zeitgleich erfolgen, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und regulatorische Arbitrage zu verhindern.

Auch sollten möglichst alle Marktteilnehmer von der Regulierung erfasst werden, damit das systemische Risiko für den OTC-Derivatemarkt vollständig ermittelt werden kann. Nur ausreichend standardisierte OTC-Kontrakte sollten über Börsen beziehungsweise elektronische Handelsplattformen abgerechnet werden.

### Unnötige Einschränkung

Investmentfonds müssen weiterhin maßgeschneiderte, nicht CCP-fähige Derivate einsetzen können. Deshalb fordert die deutsche Investmentfondsbranche eine faire und – aus technischer wie rechtlicher Sicht – adäquate Berücksichtigung in der Derivateregulierung. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die zusätzlichen Implementierungskosten der regulatorischen Vorgaben zulasten der Fondsperformance gehen und letztlich vom Anleger zu tragen sind.

Die kapitalgedeckte Altersvorsorge und Vermögensbildung von Millionen von Anlegern in der EU würde damit unnötig eingeschränkt. Zudem wäre das Vorhalten von nicht marktüblichen liquiden Sicherheiten bei einem CCP sehr aufwendig.

### In hohem Maße reguliert

Bei der Ausgestaltung des OTC-Regulierungsrahmens ist zu beachten, dass die deutsche Investmentfondsbranche bereits in hohem Maße durch die OGAW-Richtlinie reguliert ist. Anlegern bietet sich damit ein chancengleicher Zugang zu allen Anlagemärkten.

Die vorgeschlagene OTC-Regulierung sollte deshalb nicht zu spürbaren Verschlechterungen der Investitionsmöglichkeiten führen. Hier sehen wir jedoch Schwierigkeiten in den Bereichen Devisengeschäfte, Anlagepolitik von Pensionsfonds mit Blick auf deren künftige Verpflichtungen („Liability-driven In-

vestments“), Sicherheiten sowie Anlagegegenstände und Anlagegrenzen. So setzen Kapitalanlagegesellschaften (KAGs) Devisentermingeschäfte (FX) in hohem Maße zu Absicherungszwecken ein.

### Zweck und Laufzeit zählen

Die Pläne, solche Geschäfte künftig generell entweder über einen CCP abzuwickeln und/oder eine entsprechende Besicherung vorzunehmen, sollten nicht dazu führen, dass Investmentfonds aus Kostengründen keine FX-Derivate mehr zur Absicherung von Währungsrisiken im Sinne der Anleger einsetzen können. Die Clearing-Pflicht sollte daher vom Zweck und der Laufzeit des FX-Kontraktes abhängen.

Ein ähnliches Problem ergibt sich bei der Vermögensanlage für betriebliche Altersvorsorgeeinrichtungen. Dabei können sich Einschränkungen beim Derivate-Einsatz zur Absicherung von Verbindlichkeiten in Pensionsfonds ergeben, die im Sinne des Erhalts der Versorgungsbezüge der gegenwärtigen und der künftigen Rentner geregelt werden sollten.

### Unzweckmäßige Bestände

Über einen CCP abgewickelte Geschäfte erfordern eine ausreichende Besicherung sämtlicher Risiken. Die Manager der Sondervermögen versuchen, den Kassenbestand grundsätzlich am Rückgabeverhalten der Investoren auszurichten und möglichst wenig freie Liquidität vorzuhalten.

Verfügt ein Investmentfonds nicht über ausreichend Liquidität oder aufgrund seiner Anlagestrategie nicht über geeignete Sicherheiten, muss der Fondsmanager durch Kreditaufnahme oder Wertpapierpensionsgeschäfte dafür sorgen, dass ausreichend liquide Sicherheiten gestellt werden können. Die übliche CCP-Margin-Anforderung für FX-Kontrakte in Form von Festgeld oder Staatsanleihen würde zu einem hohen, nicht den Anlagebedingungen zum Beispiel eines Aktienfonds entsprechenden Bestand führen. Selbst wenn die als Sicherheiten zulässigen Vermögensgegenstände den Anlagebedingungen des Sondervermögens – zum Beispiel bei Rentenfonds – entsprechen, könnte dies zu Performance-Einbußen führen.

Das Anforderungsproblem ist zu lösen, wenn der CCP ein breites Spektrum an liquiden Sicherheiten akzeptiert oder die investmentrechtlich zulässigen Anlagegegenstände insoweit flexibilisiert werden. Sofern OTC-Derivate in einem Investmentfonds über einen CCP abgewickelt werden, sollten die Engagements nicht auf die gesetzlichen Kontrahentengrenzen des Sondervermögens angerechnet werden.

### Belieferung wirft Fragen auf

Aus rechtlicher und technischer Sicht ist derzeit auch unklar, wie ein CCP mit der Belieferung von Darlehen umzugehen hat. Wenn ein Investmentfonds zum Beispiel einen Credit Default Swap verkauft, ist es investmentrechtlich fraglich, ob es bei dem Eintritt des Ausfallereignisses und der Belieferung mit einem Darlehen zur Lieferung oder Übertragung eines nach OGAW-Richtlinie und Investmentgesetz erwerbaren Vermögensgegenstandes gekommen ist. Eine Anpassung der Anlageregeln der OGAW-Richtlinie oder eine Änderung der Vertragsdokumentation der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) wäre hierbei anzustreben.

Für die Rechtssicherheit der Geschäfte ist weiterhin erforderlich, dass neben der Nutzung des ISDA-Vertrags auch ein deutscher Rahmenvertrag zur Anwendung kommt. Die Kapitalanlagegesellschaften können aufgrund operationeller Anforderungen erst sechs bis zwölf Monate nach Abschaffung der bestehenden regulatorischen Hemmnisse den CCP für OTC-Produkte implementieren. Der BVI wird die laufenden Beratungen zur „European Market Infrastructure Regulation“ weiterhin aktiv begleiten, um die Berücksichtigung der Interessen der deutschen Investmentbranche sicherzustellen.

## Anatomie einer Kleinkreditkrise

Auch in Bangladeschs Mikrofinanzsektor zeichnen sich Probleme ab

Börsen-Zeitung, 14.12.2010  
phi Köln – Mit 26,5 Millionen Kunden und einem Kreditportfolio von 4,6 Mrd. US-Dollar ist Indien der weltweit größte Mikrofinanzmarkt. Im Oktober begann der Sektor in eine tiefe Krise zu rutschen ausgelöst durch Meldungen von überschuldeten Kreditnehmern, Selbstmorden und Nötigungen sowie Bedrohungen durch Angestellte von Mikrofinanzinstituten im Bundesstaat Andhra Pradesh.

Zusammen mit Bangladesch gilt Andhra Pradesh als der gesättigteste Mikrokreditmarkt weltweit; viele der Armen sind bei mehreren Instituten verschuldet. Nachdem die Landesregierung Mitte Oktober eine Verordnung mit neuen Auflagen für die

Eintreibung von Kreditraten erlassen hatte, meldeten die Institute zunehmend höhere Kreditausfälle. Eine Regierungsuntersuchung brachte ans Licht, dass Jahreszinsen von bis zu 60% bis dato keine Seltenheit gewesen waren, woraufhin der Branchenverband MFIN im November die Mikrokreditzinsen bei 24% deckelte, um Politik und Schuldner zu besänftigen.

Laut Beobachtern steht der Sektor wegen anhaltender Zahlungsausfälle und der zögerlichen Haltung von Großbanken bei der Refinanzierung der Institute fast vor der Pleite. Vijay Mahajan, Gründer der Organisation Basix und MFIN-Vorsitzender, warnt: „Wenn diese Situation weitergeht, dann gibt es 2011 keinen Mikrofinanzsektor mehr.“ Auf

1,1 Mrd. Dollar wird das Portfolio at Risk allein in Andhra Pradesh geschätzt. Mikrofinanzierer werfen wiederum der Regierung Andhra Pradesh vor, sie wolle dem Sektor schaden, um ihr eigenes, auf Selbsthilfegruppen setzendes Mikrofinanzmodell zu fördern. Die Regierung Andhra Pradeshes erklärt, sie stehe hinter der Mikrofinanzierung und habe keine Geschäfte verboten. Für Januar hat die indische Zentralbank RBI eine Entscheidung über die zukünftige Regulierung der Branche angekündigt. Unterdessen kündigen sich auch im Nachbarland Bangladesch Probleme im Mikrofinanzsektor an. Premierministerin Sheikh Hasina bezichtigt die Grameen Bank, Ende der neunziger Jahre massiv Steuern hinterzogen zu haben.